



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. November 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Wehrdienst: Sie bereiten sich auf Krieg vor – mit uns als Kanonenfutter

Schon Anfang Januar sollen die ersten 18jährigen den Fragebogen erhalten und sich entscheiden müssen, ob sie Wehrdienst bei der Bundeswehr leisten. Es ist ein weiterer gravierender Schritt in ihren Kriegsvorbereitungen. Die Bundeswehr kauft nicht mehr nur massenhaft neue Waffen. Sie will nun auch die jungen Leute darauf vorbereiten, mit diesen Waffen in den Krieg zu ziehen.

Und weil die Regierung schon jetzt davon ausgeht, dass sie dafür nicht genug Freiwillige finden wird, will sie ab 2027 gleich alle jungen Männer zur Musterung schicken. Und dann will sie bei Bedarf unter ihnen auslosen (!), wer Wehrpflicht leisten muss.

Man fühlt sich an den Vietnamkrieg erinnert, wo im Fernsehen ausgelost wurde, wessen Söhne als nächstes in den Krieg geschickt wurden.

Die Regierung erzählt uns, es gehe einzig darum, im Falle eines Angriffs unsere Sicherheit und unser Leben schützen zu können. Doch wie könnten wir ihr das glauben? Die Regierung beweist doch schon heute bei jeder Entscheidung, dass sie sich nicht für unsere Sicherheit und unser Leben interessiert.

Sie schließt Krankenhäuser, um das Geld den Kapitalisten zu schenken. Sie will uns 13 Stunden lang und möglichst noch mit 70 arbeiten lassen, will Arbeitsschutz- und Umweltschutzgesetze abschaffen, damit die Konzerne mehr Profit machen können. Sie lässt Wohnungskonzerne verschimmelte Wohnungen vermieten, statt neue zu bauen.

Schon im Frieden setzt sie unsere Gesundheit, ja unser Leben für die Profite der Konzernbosse aufs Spiel. Warum sollte es beim Krieg anders sein?

Die Bevölkerung in der Ukraine erlebt es gerade am eigenen Leib. Mehrere reiche Unternehmer – Vertraute des Präsidenten Selenskyj – sowie die Minister von Justiz, Energie und Verteidigung wurden entlarvt, weil sie im riesigen Maßstab Gelder veruntreut haben: Geld, das unter anderem für den Schutz und die Reparatur der angegriffenen Energieversorgung und für die Ausrüstung der Soldaten vorgesehen war!

So „verteidigen“ die Machthaber die ukrainische Bevölkerung.

Auch „unseren“ Politikern und Bossen können wir nicht vertrauen, wie jeder weiß. Und in der so lebenswichtigen Frage von Krieg und Frieden dürfen wir das erst recht nicht!

Das hat die Vergangenheit oft genug gezeigt. Wie oft haben die Menschen den Reden von der „Verteidigung des Vaterlandes“ geglaubt! Nur um dann zu entdecken, dass sie für die Machtinteressen der Herrschenden missbraucht und für sie in die Hölle des Krieges geschickt worden waren.

Heute erzählen sie uns, dass einzig vom „übermächtigen“ Russland eine Kriegsgefahr ausgehen würde und sie uns davor schützen wollten. Doch allein Deutschland und Frankreich geben zusammen bereits 20 Milliarden Dollar mehr für Rüstung aus als Russland. Wenn die deutsche Regierung also trotzdem noch viel mehr Waffen und Soldaten will, dann weil auch sie in Wahrheit Kriege vorbereitet, um die Profitinteressen der deutschen Konzerne in der Welt zu verteidigen. Das meint sie, wenn sie von „Verteidigung“ spricht.

Diese Profitgier ist der wahre Kriegstreiber! Schauen wir uns doch nur an, wer derzeit Kriege anheizt – und wofür.

US-Präsident Trump zieht gerade 200.000 Soldaten und zig Kriegsschiffe vor der Küste Venezuelas zusammen und droht mit Invasion, um die dortigen üppigen Öl-Vorkommen in die Hand zu bekommen. Gleichzeitig bekämpft Trump die chinesischen Konkurrenten der US-Konzerne, durch immer neue Zoll-Kriege und Militär-„Übungen“ vor der chinesischen Küste.

Und wer liefert seit zwei Jahren immer neue Waffen an Israel für dessen Kriege im Öl-reichen Nahen Osten? Die USA... und Deutschland. Aber Putin soll der einzige Kriegstreiber sein?

In fast allen Konflikten geht es um Bodenschätze, Profit und Macht. Und eben weil dieser Konkurrenzkampf aufgrund der Wirtschaftskrise immer aggressiver wird, nehmen die Kriegsgefahren zu.

Es ist derselbe Konkurrenzkampf um Absatzmärkte und Profite, für den die USA, China und Europa immer aggressivere Zölle einführen, Maßnahmen zum Klimaschutz wieder abschaffen und massenhaft Arbeitsplätze vernichten. Es ist derselbe Konkurrenzkampf um Rohstoffe, für den sie Rebellen-Armeen im Kongo bezahlen und für den der Nahe Osten in Flammen aufgeht.

Und er ist auch der wahre Grund für die seit Jahren wachsenden Spannungen mit Russland. Es ist ein Machtkampf zwischen den USA und den EU-Staaten auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite, um die Bodenschätze und Einflussgebiete in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Trump hat es sogar offen zugegeben: Nicht um den Schutz der ukrainischen Bevölkerung geht es, sondern darum, wer das Lithium und die fruchtbarsten Getreidefelder der Ukraine bekommt.

Dafür sterben heute ukrainische und russische Soldaten und Zivilisten. Und die deutsche Regierung bereitet uns darauf vor, dass auch wir künftig für die Verteidigung dieser Wirtschafts- und Machtinteressen in den Krieg ziehen. Dafür will sie der heutigen Jugend beibringen, auf Befehl der Regierung Menschen zu töten und getötet zu werden.

Wenn wir nicht wollen, dass es so weit kommt, dann dürfen wir uns nicht vor den Karren ihrer Kriegsvorbereitungen spannen lassen. Wir müssen uns gegen alle Opfer stellen, die sie im Namen der Aufrüstung und ihres internationalen Konkurrenzkrieges von uns verlangen. Denn die sind die Vorstufe des Krieges.

Wir müssen uns gegen die verteidigen, die heute schon unsere Gesundheit und unser Leben bedrohen – und uns Gedanken darüber machen, wie wir ihnen die Macht aus den Händen nehmen können. Denn nur, wenn wir ihre Ursachen beseitigen, können wir die drohende Kriegsgefahr abwenden.

Die Arbeiterklasse hat im Gegensatz zu den Kapitalisten keinerlei Interesse am Krieg. Nur wenn sie die Macht in den Händen hält, kann es Frieden geben.

Klima: Die Kapitalisten treiben uns in die Hölle

Gerade tagt die mittlerweile 30. UN-Klimakonferenz in Brasilien. Seit der ersten Klimakonferenz sind damit dreißig Jahre vergangen. Dreißig Jahre, in denen Wissenschaftler warnen und technische Lösungen gegen die Erderwärmung vorschlagen. Doch stattdessen wird Jahr für Jahr immer mehr CO₂ ausgestoßen, und die Erde erwärmt sich immer schneller. Wir sind dabei, die 1,5 °C Erwärmung zu erreichen, die man eigentlich erst für das Jahr 2100 prognostiziert hatte!

Eines wird immer deutlicher. Genauso, wie wir uns im Kampf gegen Armut, Ausbeutung und Kriege nicht auf die Regierungen verlassen können, wäre es selbstmörderisch, sich im Kampf gegen den Klimawandel auf sie zu verlassen.

Und selbstmörderisch ist das richtige Wort. Denn die Erderwärmung ist auf lange Sicht eine Frage von Leben und Tod für die Menschheit. Schon heute leiden wir unter den allerersten Folgen: Starkregen, Überschwemmungen, Hitzewellen, verheerende Brände, Dürren... In armen Ländern führt dies be-

reits jetzt zu Hunger und Zwangsumsiedlungen von Millionen Menschen. Und auf lange Sicht kann die Erwärmung der Meere und der Atmosphäre irreparable Kettenreaktionen auslösen und den Planeten schlichtweg unbewohnbar machen.



Der Kampf gegen die Erderwärmung sollte für jeden verantwortungsbewussten Politiker eine Selbstverständlichkeit sein. Doch dafür müsste man ernsthaft in die Wirtschaft eingreifen und die Interessen der Menschheit über die des Profits stellen. Das aber ist für alle herrschenden Politiker undenkbar.

Und so haben sie seit Jahrzehnten nichts unternommen, außer große Re-

den zu schwingen und den Klimawandel immer dann als Ausrede zu nehmen, wenn sie den Konzernen Milliarden geschenkt oder den Arbeitenden neue Steuern aufgezwungen haben.

Heute geben die Kapitalisten und ihre Politiker nicht einmal mehr vor, etwas zu unternehmen. Die Priorität aller Regierenden liegt auf Konkurrenzfähigkeit, Handelskrieg und Aufrüstung. Nicht mehr Elektroautos liegen im Trend, sondern Panzer, Raketen und Drohnen.

Bezeichnend dafür ist die Grüne NRW-Wirtschaftsministerin, die nun fordert, dass die Stahlindustrie in Deutschland keine Abgaben mehr auf CO₂ zahlen soll, damit sie im internationalen Konkurrenzkampf gut dasteht und im Kriegsfall genug deutscher Stahl für deutsche Waffen produziert wird!

Die Kapitalisten und ihre Politiker sind bereit, uns für ihre wahnsinnige Profitlogik in die Katastrophe zu treiben. Wenn wir dies verhindern wollen, muss ihr völlig verrücktes System gestürzt werden.

Ukraine-Krieg: Die Maske ist gefallen

Im Geheimen haben also die Führungen der USA und Russlands über die Zukunft der ukrainischen Bevölkerung verhandelt. Und nun setzt US-Präsident Trump der Ukraine die Pistole auf die Brust und sagt: Macht mit oder wir drehen euch den Hahn zu.

Die US-Führung kann sich das erlauben. Denn als größter Kreditgeber und Waffenlieferant der Ukraine hat sie in der Ukraine de facto die Macht.

Und dies wird auch so bleiben, wenn es tatsächlich irgendwann Frieden geben sollte. Durch den Krieg ist die Ukraine nämlich in gigantischem Ausmaß bei den USA und der EU verschuldet und damit auf Jahrzehnte vollkommen deren Entscheidungen unterworfen. Außerdem haben US-amerikanische und europäische Großkapitalisten den Krieg genutzt, um sich das Lithium, die fruchtbaren Getreidefelder und Teile des Energiesektors unter den Nagel zu reißen.

Fast vier Jahre hat die ukrainische Bevölkerung in dem Krieg gekämpft, hat Angehörige verloren und unerträgliches Leid erlebt. Man hat ihnen gesagt, all dies seien notwendige Opfer, um ihr Vaterland, ihre Unabhängigkeit und die Demokratie zu verteidigen.

Jetzt müssen sie erleben, dass sie missbraucht wurden. Sie dienten den westlichen Staaten einzig als Kanonenfutter in deren Kampf um die Neuverteilung der Ukraine, die bis vor wenigen Jahren russischer Wirtschaftsraum gewesen war.

Damit nicht alles Leid umsonst war, müssen wir Arbeitenden aus dieser bitteren Erfahrung lernen und Nein sagen, wenn uns unsere Machthaber im Namen der „Verteidigung des Vaterlandes“ in die nächsten Kriege zu schicken versuchen!

Geopfert für die Profite von Apple, VW und Co.

Bis zu 100 Menschen sind am 15. November bei dem Einsturz einer Kobalt-Mine im Kongo ums Leben gekommen.

Auslöser war, dass die Armee Schüsse auf die Bergleute abgegeben hatte. Als viele Bergleute daraufhin wegrannten, brach eine durch starke Regenfälle völlig aufgeweichte Hilfsbrücke ein und führte zu einem Erdbeben.

Solche tödlichen Einstürze sind im Kongo keine Seltenheit. Viele Bergwerke werden völlig ohne Sicherheitsmaßnahmen betrieben. Die Bergleute, von denen zum Teil 10.000 in einem einzigen Bergwerk arbeiten, müssen unter extrem gefährlichen Bedingungen das Kobalt aus der Erde holen – für die Elektronik- und Auto-Konzerne in Europa und den USA.

Sie werden dabei mit Waffengewalt zur Arbeit angetrieben und überwacht von Soldaten der kongolesischen Armee oder anderer Milizen, die die westlichen Konzerne seit vielen Jahren finanzieren.

Diese Konzerne wie Apple und Volkswagen sind die wahren Verantwortlichen für den Tod dieser Arbeiter und all der anderen, die bei den zahllosen Arbeitsun-

CDU, SPD und AfD: Gemeinsam für noch mehr Ausbeutung

Die CDU-SPD-Bundesregierung will insbesondere den Landwirtschaftsbetrieben ermöglichen, ihre Saisonarbeiter noch mehr auszubeuten.

Schon heute müssen die Betriebe für Arbeiter*innen, die maximal 70 Arbeitstage im Jahr in Deutschland beschäftigt werden, keine Beiträge zu Renten- und Arbeitslosenversicherung und nur eine ganz eingeschränkte „Gruppenkrankenversicherung“ zahlen.

Für die Unternehmer ist das natürlich billiger. Aber für die Betroffenen kann es eine Katastrophe werden.

Bei chronischen Krankheiten wie Diabetes werden sie gar nicht behandelt. Auch sonst müssen sie jede Behand-



lung erst einmal selber bezahlen – von den paar Euro, die man bei der Spargelernte bekommt! Und teilweise bleiben sie auf den Kosten sitzen. Viele lassen sich daher gar nicht behandeln, selbst wenn es dringend nötig wäre.

Hinzu kommt, dass selbst die 250.000 Helfer bei der Spargel- und Erdbeerern-

te, die oft über viele Jahre immer wieder auf den gleichen Hof zum Arbeiten kommen, nicht einen Cent Rentenanspruch erwerben.

Statt diese Regelung endlich abzuschaffen, wollen CDU und SPD diese Ausbeutung sogar noch von 70 auf 90 Arbeitstage im Jahr ausweiten!

Den Vogel hat die AfD abgeschossen. Die fordert sogar eine Ausweitung auf 115 Arbeitstage – also fast ein halbes Jahr!

Warum nicht gleich eine Ausweitung auf das ganze Jahr und damit auf alle Arbeitenden in Deutschland? Das würde durchaus zum sonstigen Programm der Arbeiterfeindlichsten Partei Deutschlands passen.

Wenn man ihre Propaganda beim Wort nimmt

Es ist nur ein Vorfall von vielen, die aber in den Medien selten breitgetreten werden:

Sechs junge deutsche Männer haben in der Nacht zum 8. November am Essener Hauptbahnhof eine Schlägerei mit einem unbeteiligten Passanten angefangen. Dabei grölten sie rechtsradikale Parolen.

Sie traten noch weiter auf ihn ein, als der 37-jährige Deutsche bereits bewusstlos und schwer verletzt am Boden lag. Die Männer wurden gefasst, drei kamen in Untersuchungshaft, der Rest durfte nach Hause gehen.

Kurz vorher noch hat NRW-Innenminister Reul (CDU) von jungen Männern gesprochen, bei denen man „tief in der Herkunftskultur eine gewisse Normalität hinsichtlich Gewalt und Waffenbesitz“ erkenne und ein „Männlichkeitsbild aus der Steinzeit“.

Aber nein, er hat nicht von diesen Rechtsradikalen gesprochen. Er hat nach ähnlichen Gewaltakten einzelner junger Syrer direkt die gesamte „Kultur der Syrer“ verantwortlich gemacht.

Und was wäre nach Vorfällen wie am Essener Hauptbahnhof in Reuls verquerer Logik dann die „Kultur der Deutschen“?

Rentenstreit: Nicht die Renten sind zu hoch, sondern die Löhne zu niedrig

Schon heute müssen Arbeitende nach jahrzehntelanger Maloche mit nur 48% ihres Lohns als Rente auskommen. Schon heute müssen Millionen Rentner*innen ein entwürdigendes Leben in Armut führen oder im hohen Alter noch arbeiten. Und doch will die CDU noch einmal massiv verschlechtern. Und sie streiten sich einzig darüber, ob diese Verschlechterungen sofort oder erst in zwei Jahren kommen sollen.

Einig sind sich alle Politiker darin, dass unsere Renten angeblich „unbezahlbar“ wären – ebenso wie unsere Gesundheitsversorgung. Doch warum sind die Kassen der Renten- und Krankenkassen leer?

Ein wesentlicher Grund hierfür sind die niedrigen Löhne, der massenhafte Stellenabbau, die vielen Minijobs... Der DGB hat ausgerechnet: Würden alle Arbeitenden zumindest nach Tariflohn bezahlt (was heute nicht mal mehr für die Hälfte der Arbeitenden der Fall ist), dann wären allein dadurch schon 41 Milliarden Euro mehr in den Kassen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Und die Arbeitenden hätten obendrein mehr Lohn in der Tasche.

Aber das ist natürlich nicht der Plan der Bosse und ihrer Regierung.

Stuttgart 21: Für Viele ein Millionen-Grab – für einige Wenige ein Millionen-Gewinn

Und schon wieder verzögert sich die Eröffnung des Bahnhofs „Stuttgart 21“. Statt wie geplant 2019 eröffnet er jetzt frühestens 2027, wenn nicht noch später. Und statt der geplanten 4,1 Milliarden Euro hat der Bau bereits 11,5 Milliarden Euro verschlungen!

Eigentlich überrascht es keinen. Genau das hatten die Zehntausenden vorhergesagt, die 2010 gegen den Bau dieses vollständig unterirdischen Bahnhofs auf die Straße gingen und deren Proteste von der Polizei mit brutaler Gewalt beendet wurden.

Aber am Ende wird aber doch noch alles gut, zumindest für einige. Die Immobilienhaie bekommen das extrem wertvolle Gelände, auf dem heute der alte oberirdische Bahnhof steht. Und die 11,5 Milliarden für den Neubau haben sich ja auch nicht in Luft aufgelöst. Sie sind zwar nicht mehr in den öffentlichen Kassen, dafür aber in den Taschen der Besitzer zahlreicher größerer Bau- und Industrieunternehmen.

Und das ist ja schließlich die Hauptsache.

Helios-Kliniken: Entlassungen für die einen – totale Überarbeitung für die anderen? Nein, danke!

An den vier Helios-Kliniken in Bayern sollen die Pflegekräfte seit kurzem auch noch Essen austeilen, Kaffee kochen sowie die Patienten zu Untersuchungen fahren. Von den Service-Kräften und Transportarbeitern, die diese Arbeiten bislang gemacht haben, wurde ein ganzer Teil entlassen.

Helios hat allein in zwei der vier Kliniken 13 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet. Die lebensgefährlichen Personaleinsparungen sollen den Aktionären nun noch mehr Gewinn bescheren.

Als die Pflegekräfte aus diesem Grund jetzt auch noch die Reinigung der Betten übernehmen sollten, hat dies das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Beschäftigten an den vier Kliniken haben untereinander Kontakt aufgenommen und sich organisiert. Sie sammeln Unterschriften, organisieren Demonstrationen vor den vier Kliniken und haben es geschafft, dass ihr Kampf über die Region hinaus bekannt geworden ist.



Auch wenn Helios ein Extremfall ist: An ganz vielen Krankenhäusern werden derzeit insbesondere Service-Kräfte gekündigt und ihre Arbeiten auf die ohnehin viel zu wenigen Pflegekräfte abgewälzt – mit teils dramatischen Folgen für die betroffenen Beschäftigten und für die Patienten.

Eine der vielen kranken Folgen der immer krasser werdenden Sparmaßnahmen der Regierungen und der Ausrichtung der Krankenhäuser auf die Profitlogik.

Evonik: Übernahme... vom Arbeitsamt

Kurz vor ihrer Abschlussprüfung haben Hunderte Azubis bei Evonik erfahren, dass quasi niemand von ihnen übernommen wird. Dabei gab es bei Beginn ihrer Ausbildung eigentlich eine Übernahme-Garantie. Doch wie alle vermeintlichen Garantien der Bosse war auch diese weniger wert als das Papier, auf dem sie stand.

Gerade jetzt, wo überall entlassen wird, bedeutet die fehlende Übernahme für viele, dass sie nicht einmal in ihrem gerade erlernten Beruf werden arbeiten können. Doch der Evonik-Konzern behauptet, er habe zu große finanzielle Sorgen. Da könne er auf diese „kleinen“ Sorgen der Azubis keine Rücksicht nehmen.

Worin diese finanziellen Sorgen der Evonik-Bosse bestehen? Darin, dass die Konzern-Bosse in diesem Jahr nur 1,9 Milliarden Euro Gewinn haben... statt der 2,0 Milliarden im letzten Jahr.

Die Alten sollen weiterarbeiten, die Jungen werden entlassen?

Evonik ist kein Einzelfall. In vielen, auch sehr großen Betrieben erfahren die Azubis gerade, dass sie nicht übernommen werden. Gleichzeitig werden Werke geschlossen und es hagelt in zahllosen Betrieben Entlassungen und Stellenabbau.

Aber gleichzeitig verabschiedet die Regierung ein Gesetz, dass uns „motivieren“ soll, noch in der Rente Vollzeit weiterzuarbeiten, am besten bis 70 und länger?

Genau das Gegenteil ist nötig: Früher in Rente gehen können, ohne Abzüge – und dafür Arbeitsplätze für alle anderen!

Sparen am Fließband

Die Tinte unter der letzten Krankenhaus-„Reform“ ist kaum trocken. Und schon plant die Regierung, bei den Krankenhäusern nächstes Jahr weitere 1,8 Milliarden Euro einzusparen, weil „die Krankenkassen im Minus“ sind.

Hinzu kommen 200 Millionen Euro Einsparungen bei den Beschäftigten der Krankenkassen und der Bezahlung neuartiger Therapien.

Selbst dem Chef der AOK ist aufgefallen, dass bei allen gespart wird, mit einer großen Ausnahme: den „blendend verdienenden Pharmaunternehmen“, die mit ihren Wucherpreisen das Gesundheitswesen regelrecht ausplündern.

Wenn die Kartoffeln „zu billig“ sind

Die Kartoffelernte war so gut wie seit 25 Jahren nicht. Mit 13,4 Millionen Tonnen waren es 17 Prozent mehr als im Durchschnitt. Eigentlich eine gute Nachricht. Nur sind die Preise dadurch so gefallen, dass sich die Ernte für viele Bauern kaum noch lohnt.

Das Ergebnis: Während mehr als 700 Millionen Menschen auf der Welt an Hunger leiden, verrotten die Kartoffeln auf den Äckern oder werden in Biogas-Anlagen verfeuert... bis das Angebot dadurch zurückgeht und die Preise wieder steigen.

Das ist der alltägliche Wahnsinn einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die blind nach Angebot und Kaufkraft „funktioniert“, statt planvoll nach den Bedürfnissen organisiert wird.

Die Preise steigen – die Gewinne auch

Die meisten Rohstoffpreise für Lebensmittel sinken. Die Preise für Kakao oder sind regelrecht in den Keller gegangen, Weizen und Zucker sind ebenfalls auf dem Weltmarkt deutlich günstiger.

Und trotzdem sind die Lebensmittel im Supermarkt seit 2020 um rund 35 Prozent teurer geworden – Tendenz steigend. Da weiß man, warum die Besitzer von Aldi, Lidl, Rewe und Co. alle zu den 10 reichsten Deutschen gehören!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org